



Bundesministerium
für Arbeit und Soziales

einfach**machen**
Gemeinsam die
UN-Behindertenrechts-
konvention umsetzen

DIE UMSETZUNG DER UN- BEHINDERTENRECHTSKON- VENTION IN DEUTSCHLAND

Akademiegespräch BAKöV

„Inklusion - Barrierefreiheit - Partizipation

-Der Beitrag der Bundesbehörden “

– 25. April 2016, Berlin -

Wolfram Giese, Referat Va 5, BM für Arbeit und Soziales, Berlin



1. Ziele der UN-BRK
2. Geltungsbereich der UN-BRK
3. Verpflichtungen nach der UN-BRK
4. Umgang der Rechtsprechung mit der UN-BRK
5. Umsetzung der UN-BRK in Deutschland
6. Nationaler Aktionsplan
7. Bewusstseinsbildung zur UN-BRK in der Verwaltung



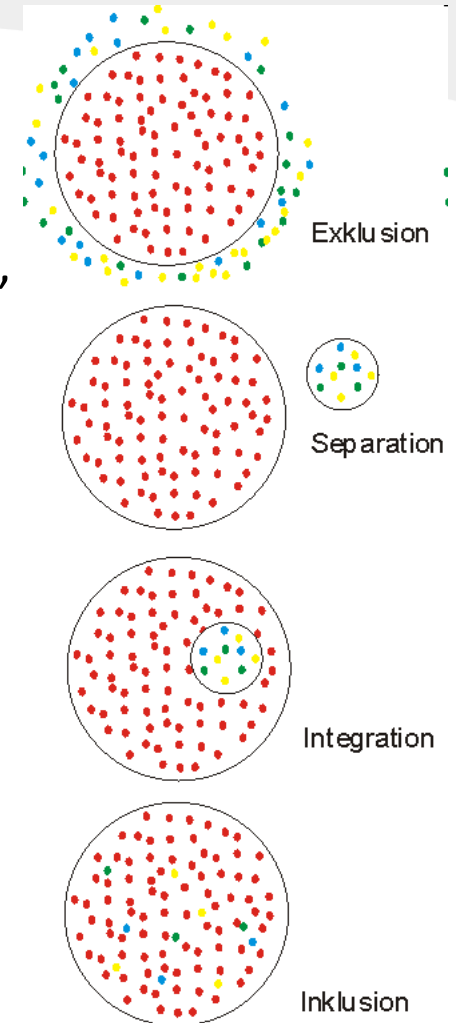
- „Ziel des Übereinkommens ist es, den **vollen gleichberechtigten Genuss** aller Menschenrechte und Grundfreiheiten durch alle Menschen mit Behinderungen zu fördern, zu schützen und zu gewährleisten, und die Achtung der ihnen innewohnenden Würde zu fördern (Artikel 1 UN-BRK).“

Eckstein der UN-BRK: das „neue“ Verständnis von Behinderung

- Behinderung entsteht aus der **Wechselwirkung** zwischen Menschen und ihrer Umwelt
- Behinderung ist der Gesellschaft innewohnend und nicht dem einzelnen Menschen
- Behinderung ≠ Defizit, sondern auch Ausdruck der Vielfalt menschlichen Lebens
- Das Übereinkommen sieht Menschen mit Behinderungen als Individuen, die imstande sind, ein Leben als vollwertige Bürger zu führen und die (selbst) einen **wertvollen Beitrag zur Gesellschaft leisten können**, sofern ihnen die gleichen Chancen eingeräumt werden wie ihren Mitmenschen.

Tatsächliche Gleichberechtigung durch Inklusion

- Inklusion ist die **zentrale Idee** der Behindertenrechtskonvention („Paradigma der Inklusion“, Schutz vor Diskriminierung → Artikel 3 b)c), Artikel 5 UN-BRK)
- Inklusion bedeutet selbstverständliches Miteinander, selbstverständliche Teilhabe statt nachträglicher Integrationsbemühungen.
- Inklusion braucht aber auch **„Empowerment“**, um Menschen in die Lage zu versetzen, ihre Chancen zu nutzen



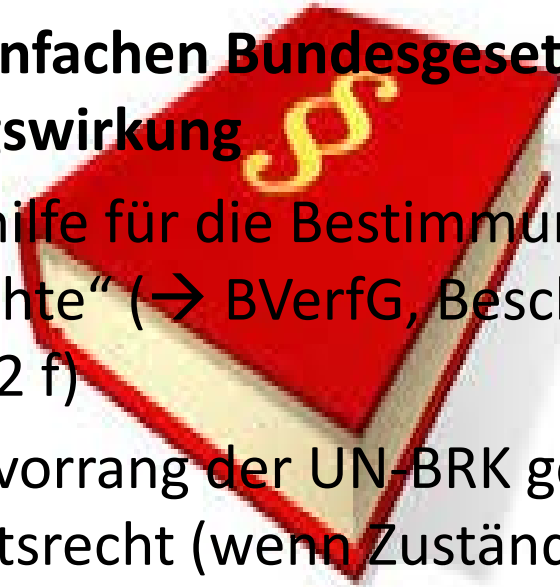
Vollzug der UN-BRK nach Art. 59 Abs. 2 GG

- Unterzeichnung der UN-BRK und des Zusatzprotokolls durch D am 30.03.2007
- Ratifikationsgesetz vom 21.12.2008
 - gesetzliche Grundlage für Ratifikation durch BPräs
 - Vollzugs- und Rechtsanwendungsbefehl für innerstaatliche Geltung des UN-Übereinkommens
 - Geltung nicht nur auf Bundesebene, sondern für alle Teile des Bundesstaats (Artikel 4 Absatz 5 UN-BRK)



Stellung der UN-BRK im deutschen Recht

- UN-BRK seit 26. März 2009 geltendes Recht in Deutschland
- Rang eines **einfachen Bundesgesetzes mit völkerrechtlicher Ausstrahlungswirkung**
- „Auslegungshilfe für die Bestimmung von Inhalt und Reichweite der Grundrechte“ (→ BVerfG, Beschl. v. 23.03.2011 - 2 BvR 882/09, Rz. 52 f)
- Anwendungsvorrang der UN-BRK gegenüber europäischem Gemeinschaftsrecht (wenn Zuständigkeitsbereiche der EU betroffen)



- **„Pflichtentrias“**
- **„duty to respect“ (Respektierungspflicht) → Schutz von Menschenrechten**
- **„duty to protect“ (Schutzpflicht) → Schutz von Menschenrechten vor einer möglichen Verletzung durch Dritte**
- **„duty to fulfil“ (Gewährleistungspflicht) → Gewährung von Leistungen z.B. durch (Sozial)leistungsgesetze**

- **Anwendungsvarianten**
 - unmittelbare Anwendung
 - durch methodisch vertretbare Auslegung glt. Rechts
- **grds. sofortige Umsetzungsverpflichtung** nach Art. 4 Abs. 1 UN-BRK (durch alle geeigneten Maßnahmen)
- **Schutz- bzw. Respektierungspflichten** immer zu beachten (insbes. Diskriminierungsverbot nach Art. 5 Abs. 2 UN-BRK)
- bei wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen („WSK“) Rechten (in der Regel **Gewährleistungspflichten**) nach Art. 4 Abs. 2 UN-BRK
Umsetzung nach und nach → schrittweise Realisierung

- unmittelbare Anwendbarkeit
 - Berechtigungen und Verpflichtungen wie durch innerstaatliche Vorschrift
 - in der Regel bei politischen und bürgerlichen Menschenrechten (z.B. Artikel 15 bzw. 18 UN-BRK)
 - in der Regel nicht bei „WSK“-Rechten (z.B. Art. 24, 25, 27, 28 UN-BRK)
 - Ausnahmen aber jeweils möglich

- Vorgehen bei Kollision
 - grds. „lex posterior“ - Grundsatz
 - aber nach BVerfG Grundsatz der konventionskonformen/ völkerrechtsfreundlichen Auslegung („lex specialis derogat legi generali“)
 - bei nicht zu rettendem Widerspruch:
Völkerrechtsvertrag nachfolgendes Gesetz geht vor

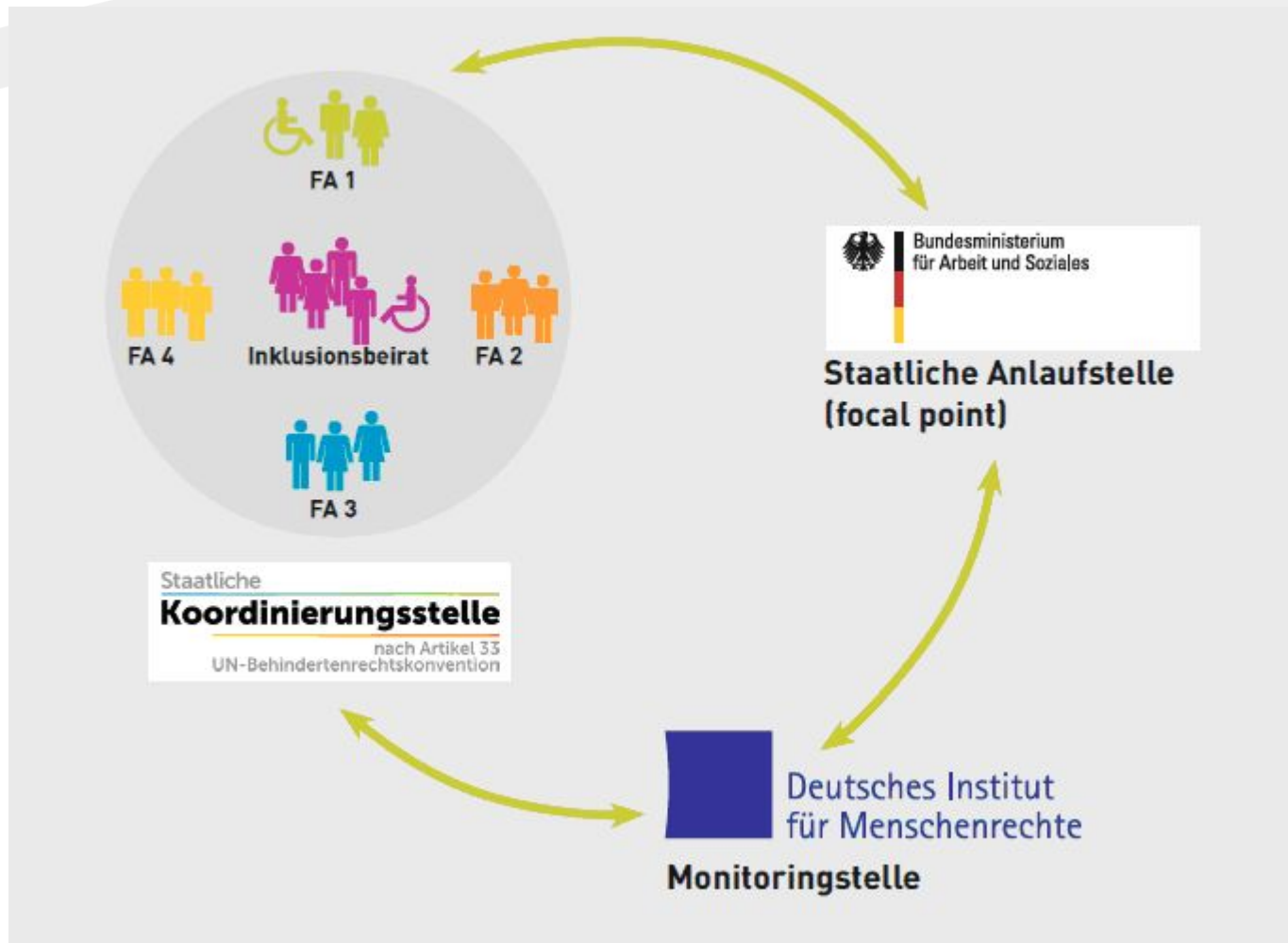


Umgang der Rechtsprechung mit der UN-BRK (1)

- 227 Entscheidungen mit Bezug zur UN-BRK in wissenschaftlicher Expertise untersucht (Stand 01.12.2014)
- davon **keine Entscheidung**, in der **unmittelbare Anwendung** der UN-BRK **entscheidungserheblich**
- **eine Entscheidung**, in der **konventionskonforme Anwendung** der UN-BRK **erheblich für Klageerfolg** (→ SG Düsseldorf, Beschl. v. 7.10.2013 –S 22 SO 319/13 ER)
- 2015: 43 neue Entscheidungen mit Bezug zur UN-BRK

- **Grundsatzentscheidung: BSG, Urt. v. 06.03.2012 – B 1 KR 10/11 R („Cialis – Entscheidung“)**
 - zur unmittelbaren Anwendbarkeit der UN-BRK
 - zur Reichweite des allgemeinen Diskriminierungsverbots nach Artikel 5 Absatz 2 UN-BRK
 - grds. aus UN-BRK kein über normalen Leistungskatalog der KV hinausgehender Anspruch von MmB auf Gesundheitsversorgung

Umsetzung der Konvention in Deutschland nach Art. 33 UN-BRK





Die Staatliche Anlaufstelle (Focal Point)

- angesiedelt im **BMAS**, daneben jeweils in den **Bundesministerien** und in den **Bundesländern**
- **feste Anlaufstelle** für die Verwaltung und internationale Stellen für Fragen und Vorhaben zur Konvention (Lotsenfunktion)
- 15. Juni 2011: Verabschiedung des **Nationalen Aktionsplans (NAP)** durch Bundeskabinett
- 2013/14 -2016: **Evaluation** bzw. **Weiterentwicklung** des Nationalen Aktionsplans (zum „NAP 2.0“)
- Erarbeitung von **Staatenberichten** zur Prüfung durch den zuständigen UN-Fachausschuss (Art. 35 UN-BRK)
- Fertigung von Stellungnahmen in **Individualbeschwerdeverfahren** nach dem Zusatzprotokoll zur UN-BRK



Der Nationale Aktionsplan (NAP)

- Der NAP ist Bestandsaufnahme und langfristige Gesamtstrategie zur Umsetzung der UN-BRK zunächst für zehn Jahre (bis 2021)
- Er ist Querschnittsaufgabe der gesamten Regierung und aller Ressorts (**„Disability Mainstreaming“**)
- Er ist **kein** abgeschlossenes Dokument, sondern eine erste Initialzündung zur Umsetzung der UN-BRK auf Bundesebene
- NAP wurde frühzeitig auf den Prüfstand gestellt und 2014 - 2016 weiterentwickelt: unabhängige wissenschaftliche Evaluation als Grundlage

- langfristige, ressortübergreifende, behindertenpolitische Gesamtstrategie der Bundesregierung (**bis 2021**)
- 242 Einzelmaßnahmen
- 12 Handlungsfelder
(u.a. Arbeit und Beschäftigung, Bildung, Rehabilitation, Prävention Gesundheit und Pflege,...)
- 7 Querschnittsthemen
(Gender Mainstreaming, Migration, Vielfalt der Behinderung, Barrierefreiheit, selbstbestimmt Leben, Assistenzbedarf und Gleichstellung)
- Weiterentwicklung u.a. auf der Grundlage einer Evaluation





- „Auf dem Weg zur inklusiven Gesellschaft ist die UN-BRK bei politischen Entscheidungen, die die Menschen mit Behinderungen betreffen, zu berücksichtigen.“
- „Gemeinsam mit den Menschen mit Behinderungen und deren Organisationen werden wir den Nationalen Aktionsplan weiterentwickeln.“

- Was bleibt bestehen?
 - Handlungsfelder
 - Querschnittsthemen
 - Kapitel mit Einleitung, Kapitel zur Umsetzung des NAP und Anhang
- Was ist neu im NAP 2.0?
 - stärkere Rolle der Querschnittsthemen
 - neues Zielsystem bei den Handlungsfeldern bzw. über 150 neuen Maßnahmen
 - Aufbau der Handlungsfelder (Rückbindung an UN-BRK und Empfehlungen aus Staatenprüfung)
 - Kapitel „Zusammenarbeit mit den anderen Akteuren“
 - zuständigkeitsübergreifende Maßnahmen





- Ausbildungs- bzw. Studienmodule zu den Themen Benachteiligungsverbot und Barrierefreiheit insbesondere für Verwaltungsbeschäftigte
- BAKöV-Seminar Leichte Sprache für PR-Mitarbeiter
- BAKöV-Akademiegespräch
- praxisnahes Fortbildungsangebot für Richter/innen zur UN-BRK in Bund und Ländern

Verwaltungsinterne Umsetzung der UN-BRK (1)

- relevante Vorgaben aus der UN-BRK sind u.a.
 - **Artikel 27 UN-BRK** (Arbeit und Beschäftigung), u.a. Satz 1 i) → „sicherzustellen, dass am Arbeitsplatz angemessene Vorkehrungen (§ 2 UAbs. 4 UN-BRK) für Menschen mit Behinderungen getroffen werden“
 - **Artikel 9 UN-BRK** (Zugänglichkeit/ Barrierefreiheit)
 - **Artikel 8 UN-BRK** (Bewusstseinsbildung), → u.a. Abs. 2d) Bewusstseinschärfung durch Schulungen

Verwaltungsinterne Umsetzung der UN-BRK (2)

- Leitgedanke des „Disability Mainstreaming“
- Bewusstseinsbildung/ Fortbildungen für
Verwaltungsmitarbeiter/innen
- Inklusionsvereinbarungen (§ 83 SGB IX)
- Interne Aktionspläne (Orientierung an UN-BRK)
- Personalplanung
- barrierefreie Gestaltung von Arbeitsplätzen
- Partizipation/ Einbeziehung von MmB



- Leitfaden „Zusammenarbeiten - Inklusion in Unternehmen und Institutionen“ (Handwerkszeug für Erstellung eines Aktionsplans)
- BMAS unterstützt und würdigt Erarbeitung von Aktionsplänen
- Veranstaltungen des BMAS (z.B. Inklusionstage)
- www.gemeinsam-einfach-machen.de
- www.einfach-teilhaben.de



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Wolfram Giese
Bundesministerium für Arbeit und Soziales
**- Referat Va 5 (Umsetzung der UN-
Behindertenrechtskonvention,
Focal Point, Nationaler Aktionsplan) -
Wilhelmstr. 49**
10117 Berlin
Tel.: + 49 (0) 3018 527 2564
Fax: + 49 (0) 3018 527 4582
Mail: wolfram.giese@bmas.bund.de

